

Parlamentarischer Vorstoss

2016/338

> [Landrat / Parlament](#) || [Geschäfte des Landrats](#)

Titel: **Interpellation von Pascal Ryf, CVP/BDP-Fraktion: Grobe Verletzung der körperlichen Unversehrtheit**

Autor/in: [Pascal Ryf](#)

Mitunterzeichnet von: --

Eingereicht am: 3. November 2016

Bemerkungen: --

[Verlauf dieses Geschäfts](#)

In der Schweiz leben gemäss aktuellsten Zahlen rund 15000 Frauen und Mädchen, welche beschnitten sind oder der Gefahr ausgesetzt sind, beschnitten zu werden. Die weibliche Genitalverstümmelung ist eine grobe Verletzung der körperlichen Unversehrtheit und verstösst gegen internationales und nationales Recht. Seit Juli 2012 ist eine explizite Strafnorm gegen die Verstümmelung weiblicher Genitalien in Kraft (StGB Art. 124) und das Bundesamt für Gesundheit engagiert sich seit 2003 mit Präventions- und Sensibilisierungsarbeit gegen diese Form von Misshandlung von Frauen und Kindern.

Trotz allen diesen Massnahmen nehmen Beschneidungen in der Schweiz zu. Es wandern Frauen aus Ländern ein, in denen diese praktiziert wird. Schätzungen gehen davon aus, dass in der Schweiz rund 15000 betroffene oder gefährdete Mädchen oder Frauen leben, welche v.a. aus Eritrea, Somalia, Äthiopien und Ägypten einreisen. In einer Umfrage erklärten 4 von 5 Gynäkologen und zwei Drittel der Hebammen in der Schweiz, Kontakt mit beschnittenen Mädchen oder Frauen gehabt zu haben. Gemäss Dunkelziffer existieren 500 Arztpraxen in der Schweiz, welche Beschneidungen vornehmen. Gegen solche brutalen Körperverletzungen und Verstümmelungen in der Schweiz müssen wir vorgehen. Es handelt sich dabei um tiefgreifende Menschenrechtsverletzung und eine Missachtung der Würde der Frau.

In diesem Zusammenhang bitte ich die Regierung um die schriftliche Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Hat der Regierungsrat Kenntnis von Genitalbeschneidungen von Mädchen?
2. Gibt es eine Meldepflicht von Seiten der Ärzte?
3. Welche Präventionsmassnahmen werden ergriffen?

4. Wie viele Strafverfahren wurden in unserem Kanton aufgrund dieser Strafnorm eröffnet und wie viele Urteile ausgesprochen?
5. Was gedenken Regierung und Justiz zu veranlassen, damit sich die Situation verbessert?